



34 für die CDU zwingend notwendig, aktuelle Datenschutzbestrebungen zu überdenken. Um  
35 verstärkt verlässliche Prognosen stellen zu können, bedarf es der Bereitstellung ausreichend  
36 anonymisierter Patientendaten und Krankheitsverläufe. Dies ist unter den bestehenden  
37 Datenschutzbestimmungen jedoch nicht möglich. **Die Junge Union Sachsen-Anhalt fordert**  
38 **daher die CDU auf, die bestehenden Regelungen zum Datenschutz im Rahmen der**  
39 **Telemedizin anzupassen.** Nur so können weitere wichtige Erkenntnisse zur Diagnose und  
40 Behandlung von Krankheiten erfasst werden.

#### 41 b. Nutzung der elektronischen Patientenakte in der Medizin

42 Ein weiterer notwendiger Schritt ist die schnellere Einführung der elektronischen  
43 Patientenakte (ePA). Diese ermöglicht die Speicherung von medizinischen Befunden,  
44 Diagnosen, Therapiemaßnahmen, Behandlungsberichten und Impfungen. Die Erstellung einer  
45 ePA beruht dabei auf Freiwilligkeit des Patienten und bedarf dessen Zustimmung. Die  
46 Möglichkeit der Erstellung soll jedoch erst ab Anfang 2021 bestehen. Dieser Prozess muss  
47 zwingend beschleunigt werden.

48 Eine einfachere Übermittlung von Informationen erleichtert die Zusammenarbeit zwischen  
49 den Ärzten und eröffnet ihnen die Möglichkeit, möglichst schnell und dabei fehlerfrei den  
50 Grund der Erkrankungen festzustellen und heilende Maßnahmen einzuleiten. In einer  
51 Notfallsituation erteilt die ePA unmittelbar dem behandelnden Arzt Auskunft darüber, welche  
52 Vorerkrankungen der Patient hat und welche Medikamente er einnimmt.

53 Darüber hinaus würde sie im Falle der Erkrankung eines Arbeitnehmers zu dessen Entlastung  
54 beitragen. Momentan kann ein erkrankter Arbeitnehmer seine Krankmeldung lediglich per  
55 Post an den Arbeitgeber weiterleiten oder ihm diese persönlich übermitteln. Die ePA macht  
56 hingegen das elektronische Versenden der Krankmeldung möglich, indem elektronische  
57 Rezepte und Krankenscheine in die Akte eingespeist werden können.

58 Zusätzlich dazu können in der ePA notwendige Angaben in Bezug auf die Organspende  
59 dokumentiert werden. **Die Junge Union Sachsen-Anhalt unterstützt dabei die Forderung des**  
60 **Gesundheitsministers Jens Spahn nach einer doppelten Widerspruchslösung.** Dabei sollen  
61 die Bürger nicht zum Spenden gezwungen werden, sondern sich lediglich aktiv mit der  
62 Entscheidung auseinandersetzen müssen. Eine konsequenzlose Ablehnung der Organspende  
63 bleibt dabei für jeden Bürger jederzeit möglich.

64 Die aufgezeigten Punkte machen deutlich, dass es einer umgehenden Beschleunigung des  
65 Verfahrens bedarf. **Die Junge Union Sachsen-Anhalt fordert deshalb die schnelle Einführung**

66 **der elektronischen Patientenakte und zeitgleiche umfassende Aufklärung der Patienten**  
67 **über die ePA.** Nur so wird auch die Zustimmung und Nutzungsbereitschaft der breiten Masse  
68 der Bevölkerung erreicht.

69

### 70 **3. Masernimpfquoten durch Impfpflicht erhöhen**

71 Im Nationalen Impfplan Deutschlands, der 2012 von den Bundesländern publiziert wurde,  
72 wurde das Ziel der Elimination der Masern noch einmal bestätigt und hervorgehoben. 2018  
73 bestanden 543 gemeldete Fälle von Masernerkrankung in Deutschland, 2017 sogar 929.<sup>1</sup>  
74 Mithilfe von Impfungen sind wir mittlerweile in der Lage, diese Krankheit zu bekämpfen. **Die**  
75 **Junge Union Sachsen-Anhalt begrüßt daher die Einführung einer gesetzlichen Masern-**  
76 **Impfpflicht für bestimmte Personengruppen.** Diese soll ab März 2020 gelten. Sie schreibt vor,  
77 dass künftig Kinder und Mitarbeiter in Kitas und Schulen, Personal in medizinischen  
78 Einrichtungen und auch Menschen in sogenannten Gemeinschaftseinrichtungen geimpft sein  
79 müssen. Darunter fallen Asylbewerberheime, Flüchtlingsunterkünfte und auch Ferienlager.  
80 Durch die Impfpflicht würden nicht nur die geimpften Kinder und Erwachsenen geschützt,  
81 sondern auch Menschen in unserer Gesellschaft, denen es gesundheitlich nicht möglich ist,  
82 sich impfen zu lassen.

83 Die Europäische Union hat sich zum Ziel gesetzt, eine Impfquote von 75% bei den Risikogruppen  
84 für den Gripeschutz zu erreichen. Dieses Ziel wird momentan deutlich unterschritten. Im Jahr  
85 2016/2017 waren es nur 35%. Viele Betriebe bieten bereits im Rahmen ihres  
86 betriebsärztlichen Dienstes Impfungen für ihre Mitarbeiter an. **Um diese einfache**  
87 **Impfmöglichkeit stärker zu verbreiten und damit eine höhere Impfquote zu erreichen,**  
88 **fordern wir zentrale und mobile Anlaufstellen außerhalb der Arztpraxen.** So könnten zum  
89 Beispiel in den Rathäusern der Kommunen oder anderen öffentlichen Einrichtungen  
90 bestimmte Impftage bestehen, an welchen Ärzte und Pflegepersonal die Impfungen  
91 durchführen.

92

### 93 **4. Ökonomisierung der Kliniken deckeln**

94 **Wir fordern, dass mehr Geldmittel im Haushalt des Landes eingeplant werden,** da der Bedarf  
95 an Einzel- und Pauschalförderungen auch in Zukunft enorm hoch sein wird.

---

<sup>1</sup> Vgl. Epidemiologische Situation der Masern des Robert-Koch-Instituts.

96 Um die Zukunft der allgemeinen, schnellen medizinischen Versorgung zu gewährleisten, muss  
97 **der flächendeckende Erhalt von Notfallstrukturstandorten**, unabhängig von  
98 Behandlungszahlen, sichergestellt werden.

99

## 100 **5. Angebote der Pflege stärken**

101 Die durchschnittliche Lebenserwartung ist in den letzten Jahren kontinuierlich angestiegen.  
102 Gründe hierfür sind eine bessere medizinische Versorgung und eine gesündere Lebensweise.  
103 Dadurch haben die Altersheime einen großen Zulauf erfahren. In diesen herrscht jedoch meist  
104 ein akuter Pflegenotstand, sodass schon jetzt vielen Bewohnern nicht die optimale Betreuung  
105 gewährleistet werden kann. Durch den Ausbau des ambulanten Pflegedienstes könnte diesem  
106 Missstand entgegengewirkt werden, indem es dadurch zu einer Entlastung stationärer Kräfte  
107 kommt. Älteren Menschen wäre so die Möglichkeit gegeben, auf den ambulanten  
108 Pflegedienst zurückzugreifen und so zu Hause wohnen zu bleiben, ohne auf Unterstützung  
109 und Pflegedienstleistungen verzichten zu müssen. **Die Junge Union Sachsen-Anhalt fordert**  
110 **deshalb den Ausbau des ambulanten Pflegedienstes.**

111 **Die Junge Union Sachsen-Anhalt fordert zudem die verstärkte Vornahme von Investitionen**  
112 **in Möglichkeiten des Betreuten Wohnens für ältere Menschen.** Das betreute Wohnen und  
113 das Leben in Senioren-WGs stellt eine gute Alternative zum Pflegeheim dar. Die Einrichtungen  
114 sind alters- und behindertengerecht ausgestattet und bieten ein umfangreiches Programm an  
115 Betreuungs- und Pflegeleistungen. Gerade im ländlichen Raum muss diese Art des Wohnens  
116 und der Pflege ausgebaut werden.